

Mehr als eine Winterkrise

Unterversorgung in Großbritannien – Kostensteigerungen in den Niederlanden

Wohin zu großer staatlicher Einfluss auf das Gesundheitswesen führen kann, zeigt einmal mehr der britische „National Health Service“ (NHS). Dass aber auch die Zusammenlegung von privater (PKV) und gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) nicht der richtige Weg ist, beweist sich in den Niederlanden.

Eine heftige Grippewelle und die Vorboten des Brexits haben das britische Gesundheitswesen in eine „Winterkrise“ gestürzt. Den Ausdruck verwendete der angesehenen und nicht zur Übertreibung neigende „Guardian“ in seiner Berichterstattung über die akuten Probleme im staatlich gelenkten NHS. Stundenlange Wartezeiten in der Notaufnahme, Untersuchungen auf Krankenhausfluren, die Verschiebung von lange anberaumten Operationen, landesweite Patienten-Demonstrationen – der NHS geriet Anfang des Jahres arg ins Trudeln.

Krankenhäuser im Katastrophen-Modus

Der chronisch unterfinanzierte Dienst sorgt immer wieder für Schlagzeilen. Und in der Regel sind es keine guten. Doch das, was sich in den ersten Monaten des Jahres in den britischen Krankenhäusern abspielte, sind Szenen, wie man sie sonst nur aus Ländern der Dritten Welt oder in von Naturkatastrophen verwüsteten Gegenden kennt. So wurden zum Beispiel Medizinstudenten der Keele University in den britischen Midlands aufgefordert, sich als Freiwillige in den Krankenhäusern und Arztpraxen der Umgebung zu melden. „Wir sind überzeugt, dass Sie in dieser nationalen Krise dabei sein wollen, unsere gemeinsame Anstrengung zu unterstützen“, heißt es in dem Schreiben, über das der „Guardian“ berichtete. Auch Medizinstudenten in Liverpool wurden aufgefordert, sich zu freiwilligen Einsätzen zu melden.

Grund für die Winterkrise war zum einen eine besonders aggressive Form der Influenza und zum anderen der durch den anstehenden Austritt aus der Europäischen Union hervorgerufene Personal-mangel. Bereits 2017 hat sich erstmals seit Langem mehr britisches Pflegepersonal für Arbeitsplätze im Ausland beworben als Schwestern und



Foto: picture alliance/empics

Am 3. Februar fand in London eine Kundgebung statt, bei der die Demonstranten Verbesserungen beim nationalen Gesundheitsdienst NHS forderten. Die Regierung solle für mehr Krankenhausbetten und Mitarbeiter sorgen.

Pfleger nach Großbritannien gekommen seien, so der „Guardian“. „Der Brexit wird diese Bürde noch verschärfen“, zitierte die „Welt“ Anne Marie Rafferty, Professorin für Krankenpflege am King's College in London. Worst-Case-Szenarien sehen einen Rückgang von 42 000 Pflegern voraus, sechs Prozent der Beschäftigten.

„Ernsthafte Sorgen um die Sicherheit der Patienten“

Das Problem ist jedoch nicht auf das Pflegepersonal begrenzt, auch für Ärzte gilt: Immer weniger kommen nach Großbritannien. Und viele, die schon im Land sind, erwägen angesichts der Unsicherheit über ein künftiges Visums-Regime den Umzug. Die Lage ist inzwischen so brenzlich, dass sich 68 leitende Ärzte aus Notfallkliniken angesichts „ernsthafter Sorgen um die Sicherheit unserer Patienten“ in einem Brief an Premierministerin Theresa May gewandt haben. „Die derzeitigen Kompro-



misse bei der Sicherheit sind teilweise untragbar, trotz aller Anstrengungen der Angestellten.“ Neue Daten zum Leistungsniveau in den Kliniken hätten gezeigt, dass im Dezember nur 77,3 Prozent aller Patienten binnen vier Stunden nach Ankunft in der Notfallaufnahme einen Arzt gesehen hätten. Das Ziel liege bei 95 Prozent.

Traurige Schlagzeilen machte Anfang des Jahres der Fall einer Rentnerin, die in ihrer Wohnung verstarb, während sie vier Stunden auf einen Notarztwagen wartete. In Portsmouth erlag eine Seniorin einem Schlaganfall, während sie sieben Stunden auf ein Bett wartete. Über 90000 Patienten mussten in den vergangenen sechs Wochen in Krankenwagen längere Zeit vor Notaufnahmestationen warten.

Zahnärzte wollen sich selbst verwalten

Auch bei den britischen Zahnärzten rumort es: Zulassungsanträge bleiben monatelang unbearbeitet, beklagte die British Dental Association (BDA) im

Februar laut „Daily Telegraph“. In einem offenen Brief forderte die BDA die NHS-Verwaltung auf, alle Prozesse wieder der eigenen Verwaltung zu unterstellen, um Vorgänge wie Zulassungen und Abrechnungen in einem akzeptablen Zeitrahmen abarbeiten zu können. Kurz: Die britischen Zahnärzte wünschen sich eine funktionierende Selbstverwaltung.

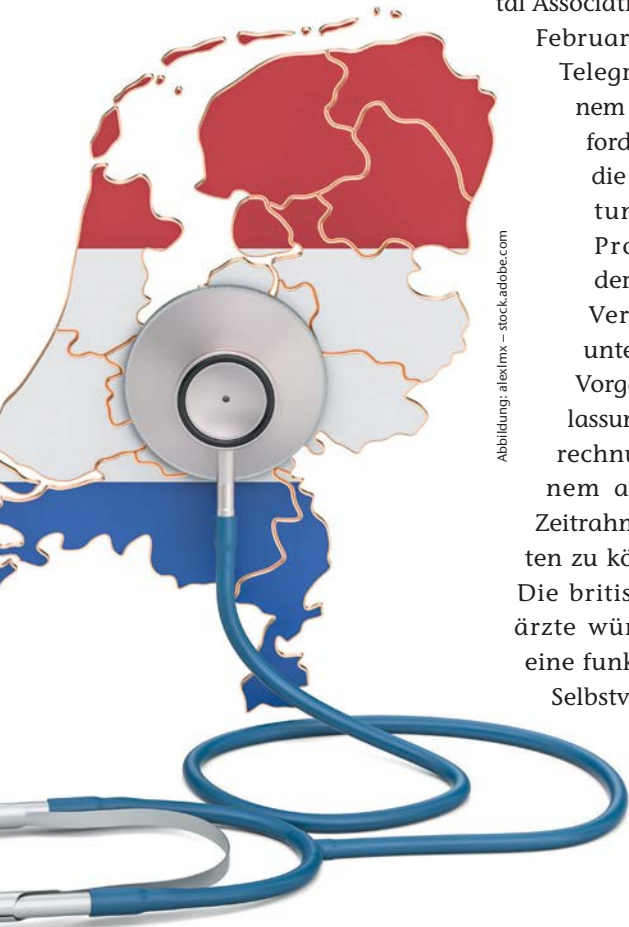


Abbildung: alex/mx – stock.adobe.com

Anfang 2006 wurden in den Niederlanden die gesetzliche und die private Krankenversicherung zusammengelegt. Die niederländische Gesundheitsreform gilt seitdem einigen als Blaupause für eine Bürgerversicherung in Deutschland. Doch die Bilanz der Reform ist ernüchternd. Das niederländische Gesundheitssystem gehört inzwischen zu den teuersten in der EU.

Aufgrund der Probleme eines vom NHS beauftragten Dienstleisters gebe es immer wieder unentschuldigte Verzögerungen von bis zu vier Monaten bei der Begleichung erbrachter Leistungen, bemängelte die BDA. In Einzelfällen seien NHS-Praxen durch diesen Umstand direkt von der Schließung bedroht, weil sie Mieten und andere Verbindlichkeiten nicht mehr bezahlen könnten.

Dem „Telegraph“ zufolge hätten Zahnärzte in einem Brief an die Redaktion vor einem „national health disaster“ gewarnt, sollten die Prävention weiter vernachlässigt werden und Patienten unbehandelt bleiben. Es sei eine internationale Blamage, dass in Großbritannien zunehmend Organisationen die Grundsicherung der Versorgung übernehmen, die sonst vor allem in Entwicklungsländern Hilfe leisten.

Starker Kostenanstieg in den Niederlanden

Dass aber auch die Zusammenlegung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung nicht den erhofften Erfolg bringt, müssen derzeit die Niederländer erfahren. Eine aktuelle Untersuchung des PKV-Verbandes, über die Mitte März das „Handelsblatt“ berichtete, ergab einen deutlichen Kostenanstieg. Obwohl die niederländische Bevölkerung im Schnitt jünger sei als die deutsche (Medianalter: 42,6 Jahre, Deutschland: 47,1 Jahre), lägen die Gesundheitsausgaben pro Kopf etwa auf dem Niveau Deutschlands. Das niederländische Gesundheitssystem gehöre inzwischen zu den teuersten in der EU. So sei die Beitragsbemessungsgrenze nach der Reform von 2006 bis 2017 um 79 Prozent auf 53.701 Euro pro Jahr gestiegen, in Deutschland seien es in diesem Zeitraum nur 22 Prozent gewesen. Selbstbehalte, die jeder Versicherte zusätzlich tragen muss, hätten sich mehr als verdoppelt und seien um 133 Prozent auf mittlerweile 385 Euro jährlich gestiegen. Patienten gäben in Umfragen an, notwendige medizinische Leistungen oder Medikamente nicht in Anspruch zu nehmen, weil sie sich den Selbstbehalt nicht leisten könnten.

Auf die stark gestiegenen Kosten reagierten die Niederlande laut PKV mit einer Reihe von Kostendämpfungsmaßnahmen – laut Handelsblatt mit überschaubarem Erfolg. Dabei sei der Wettbewerb zwischen den Versicherungen durch eine starke Marktkonzentration gehemmt. Angesichts der unbefriedigenden Entwicklungen werde in den Niederlanden kontrovers über die Zukunft der Krankenversicherung diskutiert.

Tobias Horner